

All jene, die den bolivariischen Prozess als bloßen Reformismus einschätzen, weil er so gar nicht in ihre Vorstellung einer „richtigen“ Revolution passt, seien auf Luxemburg und Lenin selbst verwiesen, die bereits feststellten, dass erkämpfte Reformen einen gesellschaftlichen Doppelcharakter aufweisen. Sie haben einerseits systemstützende (weil die Lebensbedingungen verbessernde) als auch systemüberwindende und bewusstseinsfördernde Wirkung (da sie die Grenzen des Systems aufzeigen). – In Venezuela handelt es sich eindeutig um Reformen, die gegen stärkste Widerstände erkämpft wurden und somit dem weiteren Prozess einen revolutionären, d.h. auch systemüberwindenden Charakter geben können. Dabei darf nicht übersehen werden, dass die bolivariische Bewegung alles andere als eine homogene ist. Aber wie uns die Geschichte lehrt (Chile, Nicaragua, Spanien...), sind Volkfrontbewegungen und antimonopolistische Bündnisse nicht nur in Lateinamerika ein wichtiger Schritt im Kampf für den Sozialismus und gegen reaktionäre Kräfte.

Große Teile der bolivariischen Basisgruppen fordern eine Vertiefung „ihrer“ Revolution und die endgültige Entmachtung der nationalen Bourgeoisie und Oligarchie, die wiederum auf eine Ermüdung des revolutionären Geists in der Bewegung hofft, um ihrerseits erneut in die Offensive gehen zu können. Die Auseinandersetzung der Klassenkräfte in Venezuela ist im vollen Gange und braucht daher jede nur denkbare Solidarität der internationalen Linken – dass heißt auch der Sozialistischen Jugend!

Kuba: Opposition=Konterrevolution=Kasperltheater

Erstmals seit über vier Jahrzehnten hat in Kuba ein öffentliches Treffen der Opposition (besser Konterrevolution) stattfinden können. Zwei Tage lang kamen rund 200 (nicht gerade viele!) Dissidenten zusammen, forderten politischen Pluralismus und Regimewechsel. Ist das ein Zeichen für ein Erstarren der Opposition? Oder gar ein Vorbote des Endes der sozialistischen Regierung Castro? Nicht wirklich.

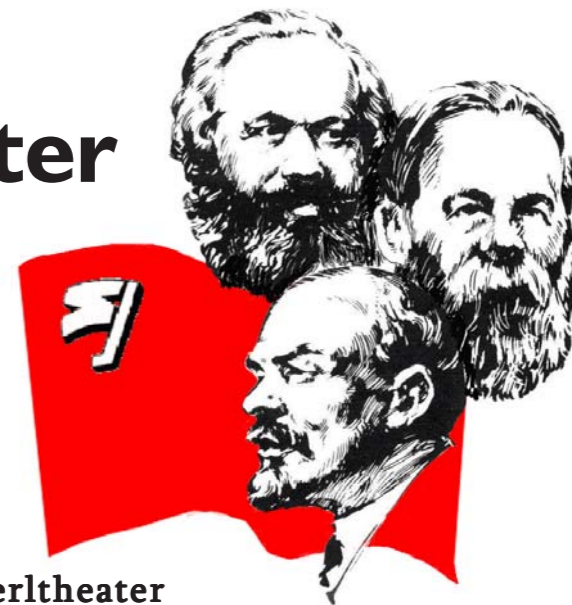
Das Treffen zu tolerieren entspringt einer klugen Strategie der kubanischen Führung. Schon lange argumentiert sie nicht mehr, auf der Insel gebe es keine Regierungsgegner, sondern vielmehr dass diese allesamt Marionetten der USA seien. Das Treffen durfte stattfinden, weil dort genau diese Polarisierung bestätigt wurde. Die Veranstalter machten kein Geheimnis aus der Unterstützung, die sie aus den USA erhalten. Ganz im Gegenteil: Per Notebook spielten sie eine Videobotschaft von George Bush ein, in dem er die Teilnehmer als Vorkämpfer für freedom & democracy feierte und sie der Unterstützung durch das US-amerikanische Volk versicherte. Mit anderer Wortwahl, natürlich, aber der Sache nach eben das, was Fidel immer predigt: Dass die Dissidenten Handlanger der USA und des Monopolkapital sind und das ganze Gerede um „Zivilgesellschaft“ und „Redefreiheit“ letztlich nur ein trojanisches Pferd des Imperialismus und der Konterrevolution ist. Dazu passt dann auch, dass die Behörden zwar einige europäische Parlamentarier des Landes verwiesen, namentlich den tschechischen Antikommunisten Fürsten Karl Schwarzenberg und den reaktionären CDU-Abgeordneten Arnold Vaatz, aber den Quasibotschafter der USA auf der Insel, James Cason, an der Konferenz teilnehmen ließen.

Die Opposition geht nicht gestärkt, sondern gespalten aus dieser eher kleinen Versammlung hervor. Etliche Dissidentengruppen sind dem Treffen fern geblieben, weil sie dessen explizite Nähe zur US-Regierung nicht mittragen wollten. Ein Brückenschlag zu potenziellen Reformern im Apparat wird mit einer derartigen Positionierung eh unmöglich. Von einer Pro-Bush-Opposition, wie sie nun im Rampenlicht steht, hat die Regierung in Havanna vermutlich wenig zu befürchten. Sehr viel weniger jedenfalls, als wenn all jene Stimme und Öffentlichkeit finden würden, die - außerhalb oder innerhalb der offiziellen Institutionen - auf eine Zukunft jenseits der fatalen Polarisierung des „Mit Fidel oder mit den Yankees“ hoffen.

Für die Sozialistische Jugend muss jedenfalls die Parole lauten: Das sozialistische Kuba politisch solidarisch zu unterstützen, dessen wichtige Rolle v.a. im Hinblick auf Venezuela hervorstreichen und entschieden gegen das zunehmende „zivilgesellschaftliche“ „Menschenrechts-Geschwätz“ aufzutreten!

Stamokap - Newsletter

I/05



- 1) **Landeskonzferenz der SJ Wien**
- 2) **Bildungsreise nach Tschechien**
- 3) **EU-Politik ist gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung**
- 4) **Die Bolivariische Bewegung in Venezuela**
- 5) **Kuba: Opposition=Konterrevolution=Kasperltheater**

Bericht zur Landeskonzferenz der Sozialistischen Jugend Wien

Am Sonntag, den 22. Mai 2005, fand die Wahlkonzferenz der SJ Wien statt. Diese war auch dieses Mal geprägt von einem Bekenntnis zur Einheit der Linken und dem Zusammenhalt innerhalb der Landesorganisation.

Gewählt wurden u.a. Sandra Breiteneder zur neuen Landesvorsitzenden und Stefan Schmid als Landessekretär. In ihrer Vorstellung erläuterten sie ihre Pläne über die zukünftige Ausrichtung der SJ Wien. Hierbei soll es vor allem um die weitere Forcierung der SchülerInnenarbeit, die stärkere Fokussierung auf den Lehrlingsbereich im Rahmen einer Kampagne, die Schaffung einer internationalen Landesthemengruppe zur Knüpfung neuer Kontakte, Gründung eines linken Netzwerkes innerhalb Europas und zur Intensivierung der Arbeit rund um die fortschrittlichen Länder Lateinamerikas, sowie um den Ausbau des Bildungsangebotes um eine marxistische Akademie gehen.

Die Stamokap-Strömung begrüßt das Bekenntnis der neuen Landesführung zu einer marxistischen Sozialistischen Jugend, zum Pluralismus innerhalb der Organisation und zu einem weiteren Demokratisierungsprozess.

Zur Wahl standen außerdem als Vertreterinnen unserer Strömung Cornelia Berger, Vorsitzende der SJ Döbling, die in ihrer Funktion als stellvertretende Landesvorsitzende mit 88,4% wieder in ihrem Amt bestätigt wurde, sowie zum ersten Mal Elisabeth Denscher, Vertreterin der SJ Leopoldstadt. Letztere wurde mit einer bemerkenswerten Zustimmung von 95,9% in den neuen Landesvorstand gewählt.

Die anschließende Antragsdiskussion war einerseits geprägt von Debatten über die Funktion der Kirche bzw. die Forderung nach einer laizistischen Gesellschaft. Andererseits stand die Frage nach der Sinnhaftigkeit einer Koalition der SPÖ mit den Grünen im Mittelpunkt, wobei auch die Diskussion um das derzeitige revolutionäre Potenzial der Sozialdemokratie geführt wurde.

Die Anträge der SJ-Stamokap für die Wiederverstaatlichung der Flüchtlingsbetreuung und bezüglich einer klaren Ablehnung der EU-Militarisierung sowie der EU-Verfassung wurden beinahe einstimmig angenommen. Die AntragstellerInnen hoffen, dass diese beschlossenen Anträge auch in den SPÖ-Gremien eingebracht werden und dort für einen Umdenkprozess sorgen.

Neben der bisherigen Landesführung, namentlich Ludwig Dvorak und Stefanie Vasold, wurde auch Thomas Denscher, Vorsitzender der SJ Leopoldstadt a.D., verabschiedet. Wir möchten uns hiermit für seine Unterstützung und seinen Einsatz in den letzten zwei Jahren für unsere Strömung bedanken und wünschen den Vertreterinnen im neuen Wiener Landesvorstand alles Gute für ihre zukünftige Arbeit!

Kontakt | Stamokap-Strömung in der Sozialistischen Jugend | Newsletterredaktion: David Stockinger, Cornelia Berger, Michael Wögerer, Alois Reisenbichler | Email: politbuero@stamokap.org | Web: www.stamokap.org

Bildungsreise nach Tschechien

In Kooperation organisierten die SJ Amstetten und die Sozialistische Jugend Schwechat eine Bildungsreise nach Tschechien. Hauptaugenmerk legten wir auf die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema Faschismus und dem System der Konzentrationslager.

In den ersten zwei Tagen stand für uns die Auseinandersetzung mit dem Holocaust und dem System der Konzentrationslager im Vordergrund. Wir organisierten deshalb ein Zeitzeugengespräch mit einem



damals 13-Jährigen aus Terezin (Theresienstadt), nahmen an Führungen durch das ehemalige KZ- "Kleine Festung" und durch das Ghetto in Theresienstadt teil. Darüberhinaus wurden noch Workshops zu den Themen „Faschismus-Theorien“, „System der KZs“, „Die Geschichte des Protektorates Böhmen und Mähren“, „Nutzen der KZs aus wirtschaftlicher Sicht“ und „Die Geschichte Deutschlands 1918-1933“ abgehalten.

Zum Ausklang der Studienreise blieben wir noch eine Nacht in Prag. In Prag stand ein Delegationstreffen mit der KSM, der Jugendorganisation der KP Böhmen und Mähren auf dem Programm. Mit unseren tschechischen GenossInnen diskutierten wir Fragen der Politisierung und Organisation der tschechischen Jugendlichen, die programmatische Ausrichtung der tschechischen KP und v.a. die Perspektive im Kampf gegen die EU.

Über diese Studienreise wird es eine DVD mit Doku-Film und Workshop-Präsentationen geben, die auch andere SJ-Strukturen erwerben können. Erhältlich unter www.schwechat.sjnoe.at oder www.soja-online.org!

Diese Bildungsreise war ein voller Erfolg und wird nächstes Jahr in ähnlicher Weise wieder stattfinden.

EU-Politik ist gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung

Der Entwurf für die EU-Verfassung wurde in Frankreich und in den Niederlanden – zwei Gründungsstaaten der EU – abgelehnt. Die Gründe für die Ablehnung sind sicherlich vielfältig. Vor allem in Frankreich war es eine umfassende Diskussion über die Inhalte, bei der den Menschen klar wurde, welchen Interessen die EU-Politik dient (Bücher über die EU-Verfassung führten wochenlang die Bestsellerlisten an).

Wenn wundert es wirklich,

dass in Zeiten von Massenarbeitslosigkeit und einer immer größer werdenden Anzahl von Armen eine „Verfassung“, die so eindeutig die Interessen der Herrschenden in der Wirtschaft unterstützt, von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wird. Nur ein paar Stichworte: Rüstungsagentur, Aufrüstungsverpflichtung, Vorrang der „offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“, Maastricht-Spar-Kriterien, EU-Zentralbank ohne politische Kontrolle, Sozialcharta als allgemeine Willenskundgebung, während in der Wirtschaftspolitik das Gegenteil geschieht. Es ist also nicht die „Uninformiertheit“ der BürgerInnen, sondern ihr berechtigter Protest nicht nur gegen diesen Vertrag, sondern gegen die Politik der Europäischen Union und auch der Regierungen in den EU-Staaten. Die EU-Politik ist gegen die Interessen der Mehrheit der Menschen, nämlich der viel beschworenen „kleinen Leute auf der Strasse“ – und dass das in zwei EU-Ländern erkannt wurde, ist schon mal ein Grund zum Feiern.

Neoliberalismus ist in den EU-Regierungen Konsens. Besonders schlimm sind konservativ-reaktionäre Regierungen wie die österreichische. Aber auch die EU-weite Sozialdemokratie hat diese reaktionäre

Wirtschaftspolitik zumindest kritiklos mitgetragen, wenn nicht gar – wie der Herr Blair – vorangetrieben. Bezeichnend für die Verhaberung auch vieler „linker“ PolitikerInnen mit den wirtschaftlich Mächtigen und den Konservativen ist die Ablehnung von Volkabstimmungen über die EU-Verfassung, weil das „undankbare“ Volk entgegen der Empfehlungen der hohen Herren (und wenigen Frauen) Nein sagen könnte.

Verantwortung der Sozialdemokratie

In Frankreich hat die Mehrheit der Mitglieder der Sozialistischen Partei entgegen die Empfehlung des Parteivorstandes mit Nein gestimmt. Die Antwort der Parteiführung war nicht eine breite Diskussion in der Partei, sondern dass die prominenten Nein-SagerInnen einfach aus dem Parteivorstand ausgeschlossen wurden.

Gibt es in der SPÖ ein Umdenken in Sachen EU? Manche EU-kritischen Äußerungen des Parteivorsitzenden Gusenbauer erinnern in Ansätzen an seine Ablehnung des EG-Beitrittes in den 80er Jahren. Auch wenn die Forderung nach Änderungen des Entwurfes viel sympathischer sind, als das Durchdrücken ohne Wenn und Aber, wie es Bundeskanzler Schüssel vertritt, ist die Sorge berechtigt, dass nach ein paar kleinen Änderungen mit einer EU-weiten Volksabstimmungen mit Hilfe der „Ost-EuropäerInnen“, die unverständlicherweise noch immer große Illusionen in den Westen haben, uns die kosmetisch neu gestylte, aber im Kern alte Verfassung doch noch „aufs Auge gedrückt wird.“

Es geht nicht nur um die EU-Verfassung, sondern es geht um den Widerstand gegen den Neoliberalismus, wie die kapitalistische Normalität heute genannt wird. Demokratie, Wohlfahrtsstaat, eine etwas gerechtere Verteilung, Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung für fast alle, das gab und gibt es ja nur, weil es von der ArbeiterInnenbewegung erkämpft wurde. Die Linke muss wieder kämpfen lernen ...

Und alle, die jetzt Angst vor Nationalismus, Rassismus und Rechtspopulismus haben, sei ins Stammbuch geschrieben: Selbstverständlich sind rechtspopulistische Parteien und deren Führer eine Gefahr. Aber sie werden umso mehr gefährlich sein, wenn die Linke auf die soziale Frage vergisst, und mit den wirtschaftspolitischen Rechten gemeinsame Sache macht. Wenn die Sozialdemokratie gegen rechte Wirtschaftspolitik kämpft, hat die populistische Rechte keine Chance.

Die Bolivarische Bewegung in Venezuela – Ein Bündnis aller vom Imperialismus bedrohten

Die Ereignisse in Venezuela der letzten Zeit sind in aller Munde. Presidente Hugo Chávez ist neben Fidel Castro zu einer neuen Führungsfigur der Linken und AntiimperialistInnen in Lateinamerika und auch in Europa geworden. Dass aber einzelne Personen alleine keine Geschichte machen und gesellschaftliche Prozesse vorantreiben können, wissen wir als MarxistInnen. Deswegen ist es notwendig, einen Blick auf die bolivarische Bewegung zu richten, auf die Chávez sich stützt.

Die historisch organisierte Linke, namentlich die Kommunistische Partei, ist in Venezuela zahlenmäßig eher schwach und wäre ohne das aktive Eingreifen breiter Bevölkerungsschichten alleine nicht in der Lage gewesen, die Putsch- und Umsturzversuche der konterrevolutionären Opposition abzuwehren (z.B. im Jahr 2002), zumal die „Sozialdemokratie“ und die alte „Gewerkschaft“ offen auf der Seite der Konterrevolution stehen.

Das bolivarische Bündnis vereint viele politische und soziale Gruppen des Landes: die Bewegung für die V. Republik integriert alle vom Imperialismus bedrohten Menschen, angefangen von den Werktätigen des Landes, über die Arbeitslosen und ArbeiterInnen, die sich nicht zuletzt in der neu gegründeten Gewerkschaft UNT organisieren, die landlosen BäuerInnen und sogar Menschen in der Armee bis hin zu einer bolivarischen „Mittelstandsbewegung“.

Zurzeit bewegt sich der bolivarische Prozess noch innerhalb des kapitalistischen Systems. Doch die bisher erkämpften Reformen zeigen ganz klar dessen Grenzen auf.